

8.1	Schutz von Gewerbetreibenden – Gutachten zur Entwicklung des Gewerbetreibendenmarkts Fraktion DIE LINKE	1695/5
8.2	Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum gewinnen SPD-Fraktion	1759/5
8.3	Ökologischer Schwerpunkt für die Wirtschaftsförderung setzen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1778/5
8.4	Pandemiekosten in der KLR AfD-Fraktion	1819/5
8.5	Pilotprojekt Bürohunde auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf durchführen SPD-Fraktion	2032/5
8.6	Bezirkliche Trauerfeiern SPD-Fraktion	0182/6
8.7	Beratungsstelle für Senior*innen schaffen SPD-Fraktion	0208/6
9	Anträge	
9.1	Volkshochschule Wilmersdorf für den Kiez öffnen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0342/6
9.2	Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit ohne Interessensvertretung der Arbeitnehmer:innen? SPD-Fraktion	0343/6
9.3	Brandenburgische Straße – Auf die Plätze, fertig los! CDU-Fraktion	0344/6
9.4	Errichtung von Ersatzwohnraum nach Abriss kontrollieren – Monitoring einführen! Grüne/SPD/Linke	0345/6
9.5	Mehr Flächen für Be- und Entladen in der Westfälische Straße und Joachim-Friedrich-Straße SPD-Fraktion	0346/6
9.6	Durchgangsverkehr durch die Düsseldorfer Straße im Bereich zwischen Hohenzollerndamm und Uhlandstraße unterbinden CDU-Fraktion	0347/6
9.7	Aufzug für die Brücke Tegeler Weg/ Ecke Olbersstraße FDP-Fraktion	0348/6
9.8	„Kulturquartier Charlottenburg stärken“ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0349/6
9.9	Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung von Fahrradbügeln SPD-Fraktion	0350/6

9.10	Barrierefreie Versorgungssuche für die Kurzzeitpflege, Tagespflege, Sachleistung im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf für pflegebedürftiger Menschen CDU-Fraktion	0351/6
9.11	Netzwerk der Wärme jetzt bekannt machen und ausweiten! SPD/LINKE	0352/6
9.12	„Adolph Frank nicht vergessen“ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0353/6
9.13	Minibaustellen im Bezirk endlich in den Griff bekommen SPD-Fraktion	0354/6
9.14	Erhalt des Reitsportvereins am Maifeld mit seinem einmaligen Angebot am Standort Lindeneck CDU-Fraktion	0355/6
9.15	Öffnet das Café im Pangea Haus im Rahmen des Netzwerkes der Wärme! SPD/Grüne	0356/6
9.16	Parkbänke in der Schloßstraße sanieren FDP-Fraktion	0357/6
9.17	Kostenloses Parken für Bezirksamtsmitarbeiter AfD-Fraktion	0358/6
9.18	Keine weiteren Einschränkungen bei Dienstleistungen für Bürger:innen SPD-Fraktion	0359/6
9.19	Aktueller Drogen- und Suchtbericht CDU-Fraktion	0360/6
9.20	Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0361/6
9.21	Rollstuhlrampe am Fennsee SPD-Fraktion	0362/6
9.22	(soziale) Wärme auch in Wärmestuben schaffen SPD-Fraktion	0363/6
9.23	Das Café des Pangea- Hauses im Sinne der Kältehilfe nutzen FDP-Fraktion	0364/6
9.24	Jugend-Experimentier-Zentrum im Wasserturm – Mierendorff-Insel erlebbar machen! Fraktion DIE LINKE	0365/6
9.25	Per Express in die City-West SPD-Fraktion	0366/6
9.26	Mehr Einkaufsmöglichkeiten für die Mierendorffinsel – Nahversorgungskonzept fortschreiben Fraktion DIE LINKE	0367/6

9.27	Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten SPD-Fraktion	0368/6
9.28	Papiermüll reduzieren – Weg zur digitalen BVV priorisieren AfD-Fraktion	0369/6
9.29	Neue öffentliche Toiletten im Charlottenburger Norden SPD-Fraktion	0370/6
9.30	Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk – Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen! Fraktion DIE LINKE	0371/6
9.31	Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern! Fraktion DIE LINKE	0372/6
9.32	Arbeit am Bebauungsplan für SIGNA am Ku'damm sofort einstellen! Fraktion DIE LINKE	0373/6
9.33	Schulen im Bezirk jetzt sanieren! Fraktion DIE LINKE	0374/6
9.34	Hände weg von den Rücklagen der Schulen im Bezirk! Fraktion DIE LINKE	0375/6
9.35	Lücken in der Kinderbetreuung schließen - Situation in der Bezirksregion Lietzenburger Straße verbessern! AfD-Fraktion	0376/6
10	Große Anfragen (vertagt)	
10.1	Wohngeldanträge in Charlottenburg-Wilmersdorf SPD-Fraktion	0295/6
10.2	Energiesicherheit der Verwaltung AfD-Fraktion	0298/6
10.3	Smart City Hardenbergplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0305/6
10.4	Die unendliche Geschichte im Bezirk „Der Sportentwicklungsplan“ CDU-Fraktion	0306/6
10.5	Bilanz zu einem Jahr Bezirksbürgermeisterin und Zählgemeinschaft – der Anfang vom Ende? FDP-Fraktion	0307/6
	Große Anfragen (neu)	
10.6	Neubau in der Wilmersdorfer Straße 118 - gut für den Kiez und das Klima? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0377/6

- | | | |
|------|--|---------------|
| 10.7 | Fahrradbügel im Bezirk
SPD-Fraktion | 0378/6 |
| 10.8 | Standortmanagement für die Uhlandstraße einrichten!
CDU-Fraktion | 0379/6 |
| 10.9 | Kita-Entwicklungsplanung im Bereich der Lietzenburger Straße
AfD-Fraktion | 0380/6 |
| 11 | Weitere Große Anfragen | |
| 11.1 | Umsetzung der Wohngeld-Plus Novelle und des
Heizkostenzuschuss II
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0381/6 |
| 11.2 | Rennstrecke Kurfürstendamm – Illegale Straßenrennen,
Profilierungsfahrten und Hochzeitskorsos
AfD-Fraktion | 0382/6 |

Wolfgang Tillinger
Bezirksverordnetenvorsteher

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Einwohnerfragestunde
Bezirksverordnetenvorsteher

TOP-Nr.:

Einwohnerfragestunde**DS-Nr: 0340/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
15.12.2022	BVV BVV-015/6

Einwohnerfragestunde1. Einwohnerfrage

Anna Doppel
Fraunhoferstraße

1. Wie häufig wird in der Fraunhoferstraße (10587) geblitzt?
2. Gibt es die Möglichkeit an der Ecke Fraunhoferstraße / Cauerstraße einen Verkehrsspiegel anzubringen?

2. Einwohnerfrage

Ursula Sedlaczek
Fehrbelliner Platz

1. Beabsichtigt der Bezirk im Zuge der Planungen für die Neugestaltung der Umgebung des Fehrbelliner Platzes, insbesondere der Bar- und Brandenburgischen Straße, die Vorschläge der BLN verbindlich in seine Projekte aufzunehmen?
2. Wird der Bezirk im Preußenpark entsprechend den Forderungen der Fachleute einer nachhaltigen ökologischen Vorgehensweise im Sinne des des BLN-Konzepts oberste Priorität einräumen und die bereits eingeplanten Haushaltsmittel für eine Erhöhung der Vegetationsdichte im Park und Entsiegelung gemäß dem BLN-PLAN aufwenden anstatt für den im sogenannten "Masterplan" vorgesehene Ersatz vorhandener Vegetation durch Stein, Beton und versiegelte Flächen?
3. Ist der Bezirk bereit, dem Beispiel des Bezirks Neukölln für die Hasenheide zu folgen und den eingangs genannten Zielen eindeutige Priorität vor einer kommerziellen Nutzung des Parks einzuräumen, um für die mehreren Zehntausend Einwohner in dem dicht besiedelten, durch Verkehr und Luftverschmutzung stark belasteten, mit Grünflächen deutlich unterversorgten Gebiet einen ersten Schritt in Richtung auf die auch in der BEP City West für die unmittelbar angrenzenden

Bereiche genannten Ziele einer besseren Versorgung mit naturnahen Erholungsflächen sowie einen verbesserten Gesundheitsschutz, insbesondere auch Hitzeschutz für die besonders vulnerablen Kinder und älteren Menschen zu unternehmen?

3. Einwohnerfrage (schriftl. Beantwortung)

Joachim Neu

Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit

1. Warum schafft es der Bezirk nicht, öffentliche Versammlungen grundsätzlich nur in barrierefreien Schulgebäuden und Bezirksräumen durchzuführen und selbst nicht mal auf den Einladungen in der Regel auf die Einschränkungen hinweist?
2. Welche Ergebnisse und welche Zielvorstellungen kann das Bezirksamt für die Vergangenheit und für die Zukunft vorweisen?
3. Welche Rechte und Erfolge kann der Behindertenbeauftragte und der zuständige Beirat vorzeigen?

4. Einwohnerfrage (schriftl. Beantwortung)

Joachim Neu

Bezirksspielstraßen und Spielplatz am Stuttgarter Platz - ungeliebte Kinder der Verwaltung?

1. In einer vom Bündnis für Spielstraßen durchgeführten Nachbesprechung wurden von den Vertretern der bezirklichen Spielstraßen im Bezirk Charl-Wilm massive Vorwürfe gegen das Ordnungsamt erhoben (schriftliche und telefonische Nichterreichbarkeit, auch nachträglich keine Beantwortung auf Beschwerdemails), besonders was die Räumung von hinderlichen PKW betrifft. Welche Begründung gibt es für das bürgerunfreundliche Verhalten?
2. Wie will das Ordnungsamt in der Zukunft diese unhaltbaren Zustände vermeiden?
3. Warum weigert sich das Bezirksamt den Spielplatz am Stuttgarter Platz zeitgemäß auszustatten (TT Platte, ergänzende Bepflanzung, Stellplätze für Lastenräder zwecks Kindertransport)?

5. Einwohnerfrage (schriftl. Beantwortung)

Joachim Neu

Winterhilfe für die Stadtautobahn-Obdachlosen

1. Welche Zahlen der unter den Stadtbahn lagernden Obdachlosen sind dem Bezirksamt bekannt?
2. Welche Hilfen stehen den Nutzern zur Verfügung?
3. Welche frei- und kostenlose sanitären (Toiletten, Waschgelegenheiten) Angebote sind vor Ort vorhanden?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussvorschlag
Ausschuss für Geschäftsordnung

TOP-Nr.:

Beschlussvorschlag**DS-Nr: 0384/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Anpassung der GO BVV

Der Ausschuss für Geschäftsordnung
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf vom 13. Dezember 2018, zuletzt geändert mit Beschluss vom 25. Februar 2021, wird wie folgt geändert:

§ 1 (1) wird wie folgt ergänzt:

Bei digitalen Sitzungen wird die Anwesenheit durch den Vorsteher/ die Vorsteherin bzw. den jeweiligen Ausschussvorsitzenden/ die jeweilige Ausschussvorsitzende geprüft, dokumentiert und gegenüber dem BVV-Büro bestätigt.

§ 1 (2) wird wie folgt ergänzt:

Ein Mitglied der BVV, dessen Verhalten oder Äußerungen Gegenstand der Einberufung des Ältestenrats ist, ist von der Sitzung des Ältestenrats selbst ausgeschlossen.

§ 1 (4) wird wie folgt angepasst:

Jede/ jeder Bezirksverordnete kann in einer Schriftlichen Anfrage, die bei der Vorsteherin/ bei dem Vorsteher schriftlich oder elektronisch einzureichen ist, vom Bezirksamt Auskunft verlangen. Das Bezirksamt erteilt eine schriftliche Beantwortung innerhalb von fünf Wochen. Begehrt das Bezirksamt eine Fristverlängerung zur Beantwortung, unterrichtet es die Vorsteherin/ den Vorsteher unverzüglich schriftlich über die Verzögerungsgründe. Die ursprüngliche Frist kann um maximal zwei Wochen verlängert werden und ist zustimmungspflichtig durch die einreichende Fraktion. Antwort und Begehren einer Fristverlängerung werden der/ dem Fragesteller/in durch das BV-Büro zugeleitet.

§ 5 wird wie folgt ergänzt:

Fraktionslose Bezirksverordnete sind berechtigt, in ausschließlich einem Ausschuss mit Rede- und Antragsrecht, jedoch ohne Stimmrecht, teilzunehmen. § 29 (4) gilt entsprechend.

§ 14a wird wie folgt ergänzt:

Digitale und hybride Tagungen der BVV, ihrer Gremien und der Fraktionen sind grundsätzlich zu ermöglichen.

§ 47 Abs. 4 Streichung des 2. Satzes:

Im Zuge der Einbringung kann sogleich ausschließlich eine schriftliche Beantwortung verlangt werden.

§ 47 Abs. 7 wird wie folgt geändert:

(7) Im Rahmen der Einwohnerfragestunde haben der Fragesteller/die Fragestellerin und die Fraktionen Anspruch auf eine schriftliche Beantwortung. Der Anspruch ist durch die abschriftliche Überlassung des Wortlauts der Beantwortung, die Überlassung des Manuskripts der Beantwortung oder der Zugänglichmachung einer Aufzeichnung der Beantwortung erfüllt. Es gilt das gesprochene Wort.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussempfehlung
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1695/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.10.2020	BVV	BVV-050/5 überwiesen	
25.11.2022	HH	HH-014/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	12 J : 3 N : 0 E
	HH		
	BVV		

**Schutz von Gewerbetreibenden – Gutachten zur Entwicklung des Gewer-
bemietmarkts**

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich beim Senat für einen regelmäßigen Bericht über die Gewerbestruktur und Gewerbemieten sowie ihrer Entwicklung in Berlin einzusetzen. Dieser soll insbesondere bezirksspezifische Daten zum Angebot an Flächen für kleinteiliges Gewerbe, Einzelhandel sowie soziale Träger sowie Bedarfsanalysen und –prognosen enthalten und mögliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Gewerbemietmarkt darstellen.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich beim Senat für einen regelmäßigen Bericht über die Gewerbestruktur und Gewerbemieten sowie ihrer Entwicklung in Berlin einzusetzen. Dieser soll insbesondere bezirksspezifische Daten zum Angebot an Flächen für kleinteiliges Gewerbe, Einzelhandel sowie soziale Träger sowie Bedarfsanalysen und -prognosen enthalten und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Gewerbemietmarkt darstellen.

Sofern vom Berliner Senat keine zeitnahen Planungen für einen entsprechenden berlinweiten Bericht bestehen, ist vom Bezirksamt ein Gutachten zur Entwicklung des bezirklichen Gewerbemietmarkts spätestens bis zum 31. Dezember 2021 eigenständig in Auftrag zu geben.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2021 (Zwischenbericht) sowie bis zum 31. Dezember 2021 (Abschlussbericht) zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussempfehlung

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1759/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.12.2020	BVV	BVV-052/5 überwiesen	
25.11.2022	HH	HH-014/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	HH		
	BVV		

Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum gewinnen

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt zu prüfen, in welcher Weise in den neunten Klassen in den Schulen für ein Schüler-Praktikum in der Verwaltung geworben werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den neunten Klassen in den Schulen für ein Praktikum in der Verwaltung zu werben.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussempfehlung
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1778/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.12.2020	BVV	BVV-052/5 überwiesen	
25.11.2022	HH	HH-014/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	14 J : 0 N : 1 E
	BVV		

Ökologischer Schwerpunkt für die Wirtschaftsförderung setzen

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

das Bezirksamt wird gebeten, in der Wirtschaftsförderung einen ökologischen und nachhaltigen Schwerpunkt zu setzen. Dabei sind die Unternehmen zu beraten, welche Möglichkeiten es gibt, ihre Produkte ökologischer anzubieten. Dazu zählen unter anderem der Verzicht auf Einwegverpackung und nachhaltiger Transport. Für diesen Schwerpunkt sind Fördermittel zu akquirieren und mit bestehenden Kampagnen zusammenzuarbeiten.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 fertig zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussempfehlung

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1819/5**

Beratungsfolge:		
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.01.2021	BVV	BVV-053/5 überwiesen
25.11.2022	HH	HH-014/6 im Ausschuss abgelehnt
	BVV	
		1 J : 14 N : 0 E

Pandemiekosten in der KLR

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, der BVV einen auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Produkt-Vergleichsbericht für 2020 vorzulegen, in dem die pandemiebedingten Kosten detailliert, nach Ämter- und Serviceeinheiten untergliedert, aufgeschlüsselt sind.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussempfehlung

SPD-Fraktion

Sempf/Hansen

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 2032/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
19.08.2021	BVV	BVV-059/5 überwiesen	
25.11.2022	HH	HH-014/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	HH		
	BVV		

Pilotprojekt Bürohunde auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf durchführen

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, wie im Bezirk Spandau, ein Pilotprojekt Bürohunde durchgeführt werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird gebeten, auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, wie im Bezirk Spandau, ein Pilotprojekt Bürohunde durchzuführen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Hansen/Dr. Buß/Saric´

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0182/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
23.06.2022	BVV	BVV-010/6 überwiesen	
25.08.2022	Soz	Soz-007/6 vertagt	
22.09.2022	Soz	Soz-008/6 vertagt	
27.10.2022	Soz	Soz-009/6 vertagt	
24.11.2022	Soz	Soz-010/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	16 J : 0 N : 1 E

Bezirkliche Trauerfeiern

Der Ausschuss für Soziales
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird gebeten, halbjährlich eine Trauerfeier für Verstorbene, die Ordnungsamtslich- oder Sozialbestattet beigesetzt wurden, zu organisieren. Es soll an diese Menschen nachträglich, im Rahmen eines würdevollen Abschieds gedacht werden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0208/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
22.09.2022	Soz	Soz-008/6 vertagt	
27.10.2022	Soz	Soz-009/6 vertagt	
24.11.2022	Soz	Soz-010/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Beratungsstelle für Senior*innen schaffen

Der Ausschuss für Soziales
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, eine niederschwellige Beratungsstelle für Senior*innen im Bezirk zu schaffen. Die Beratungsstelle soll über mögliche Sozialleistungen im Alter informieren und Anträge gemeinsam mit den Antragssteller*innen bearbeiten.

Darüberhinaus sollen sich Senior*innen über aktuelle Angebote des Bezirks informieren können. Eine Kooperation mit der FreiwilligenAgentur ist dabei unabdingbar.

Der BVV ist bis zum 28.02.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine niederschwellige Beratungsstelle für Senior*innen im Bezirk zu schaffen. Die Beratungsstelle soll über mögliche Sozialleistungen im Alter informieren und Anträge gemeinsam mit den Antragssteller*innen bearbeiten.

Darüberhinaus sollen sich Senior*innen über aktuelle Angebote des Bezirks informieren können. Eine Kooperation mit der FreiwilligenAgentur ist dabei unabdingbar.

Über das Angebot soll im Informationsbrief des Bezirksamts an die über 60-jährigen informiert werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0342/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Volkshochschule Wilmersdorf für den Kiez öffnen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, wie die VHS Wilmersdorf in der Prinzregentenstraße sich stärker in den Kiez öffnen und sozialraumorientierte Angebote für die Anwohnenden machen bzw. Räume temporär zur Verfügung stellen kann.

Der BVV ist bis zum 31.3.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Befragungen der Mobilen Stadtteilarbeit Wilmersdorf haben ergeben, dass sich die Einwohner*innen mehr kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte wünschen sowie Treffpunkte für junge Leute. Da die Volkshochschule als bezirkliche Immobilie mitten in dem Gebiet liegt, sollte die vorhandene Infrastruktur nach Möglichkeit auch für solche Zwecke genutzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0343/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit ohne Interessensvertretung der Arbeitnehmer:innen?

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, wie auch in den anderen Bezirken bereits praktiziert, eine/einen Vertreter/Vertreterin des DGB (Deutschen Gewerkschaftsbundes) mit Stimmrecht zu berufen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2023 zu berichten.

Begründung:

Ein Bündnis, das auch das Thema Arbeit beinhaltet, sollte nicht ohne deren Interessensvertretung handeln.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0344/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Brandenburgische Straße – Auf die Plätze, fertig los!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, sowie bei der Verkehrslenkung Berlin für eine Verlängerung der Grünphase der Ampel für die Fußgängerinnen und Fußgänger an der Berliner Straße / Ecke Brandenburgische Straße einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Grünphase ist für die Fußgängerinnen und Fußgänger so kurz, dass es unmöglich ist die Brandenburgische Straße zu überqueren. Insbesondere in Folge des Beschlusses „Fußgängerfreundliche Umprogrammierung aller Ampelschaltungen“ (DS 1308/5) sollte diese Ampelschaltung dringend neu eingestellt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD/Linke

Kempf/Weise/Chen/Sempff/Juckel/Gronde-
Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0345/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Errichtung von Ersatzwohnraum nach Abriss kontrollieren – Monitoring einführen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Monitoring-Verfahren zu etablieren, welches die Schaffung von Ersatzwohnraum bei Abriss nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz (ZwVbG) erfasst und nachverfolgt. Dabei sind alle Verfahrensstufen in das Monitoringsystem einzubeziehen: die positiv beschiedene Abrisserlaubnis und die dadurch ausgelösten Errichtungspflichten für Ersatzwohnraum inklusive der Anzahl von Wohneinheiten und Wohnfläche; dem Ablauf der Einspruchsfrist; dem Baubeginn, der Fertigstellung sowie die Mietpreisbindung des Ersatzwohnraums.

Aus dem Monitoringbericht soll konkret nachvollzogen werden können, in welcher Zeit, zu welchem Preis je Quadratmeter und in welchem Umfang Ersatzwohnraum nach Erteilung der Abrissgenehmigung entsteht und welche Vorhaben noch ausstehend sind. Relevante Hemmnisse und Verzögerungen bei der Errichtung von Ersatzwohnraum sind zu benennen.

Der BVV ist erstmalig zum 31.03.2023 zu berichten sowie künftig einmal im Quartal ein aktueller Monitoringbericht vorzulegen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0346/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Flächen für Be- und Entladen in der Westfälische Straße und Joachim-Friedrich-Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, mehr Flächen für den Einzelhandel für das Be- und Entladen zur Verfügung zu stellen. Bei der Auswahl der Flächen sind die Geschäfte vor Ort mit einzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Fenske

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0347/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Durchgangsverkehr durch die Düsseldorfer Straße im Bereich zwischen Hohenzollerndamm und Uhlandstraße unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, wie der verursachte Durchgangsverkehr durch die Düsseldorfer Straße vom Hohenzollerndamm in Richtung Uhlandstraße unterbunden werden kann, beispielsweise durch Einrichtung einer Einbahnstraße von der Uhlandstraße in Richtung Hohenzollerndamm.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0348/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Aufzug für die Brücke Tegeler Weg/ Ecke Olbersstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf der Ostseite der Spreebrücke Tegeler Weg/ Olbersstraße ein Aufzug installiert oder in anderer geeigneter Weise ein barrierefreie Zu-/ Abgang der Brücke gestaltet wird.

Diese Maßnahme ist bestenfalls in Anlage 1.1 des Radverkehrsplans (RVP) zu priorisieren und in den Ergänzungsnetzplan aufzunehmen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2023 zu berichten.

Begründung:

- Erfolgt mündlich -

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0349/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Kulturquartier Charlottenburg stärken"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu den rund um das Schloss Charlottenburg liegenden Kunst- und Kultureinrichtungen Kontakt aufzunehmen, um gemeinsame Aktivitäten für ein „Kulturquartier Charlottenburg“ zu entwickeln. Denkbar sind gemeinsame Flyer und Werbebroschüren oder auch ein Kombi-Ticket für alle Einrichtungen.

Begründung:

Nachdem das Käthe-Kollwitz-Museum in den Museumsbau des Schlosses gezogen ist, befinden sich insgesamt acht Kultureinrichtungen in unmittelbarer Nähe des Schlosses und der Schlossstraße: Museum Schloss Charlottenburg, Käthe-Kollwitz-Museum, Bröhan-Museum, Museum Berggruen, Sammlung Scharf-Gerstenberg, Abgusssammlung Antiker Plastik, Villa Oppenheim, Jugendkunstschule. Neben der Museumsinsel in Berlin-Mitte und dem Kulturforum am Landwehrkanal gibt es keinen Ort in Berlin, wo Museen und Kulturinstitutionen ähnlich nahe gelegen sind. Es empfiehlt sich, durch gemeinsame Aktionen die Attraktivität des bezirklichen Standorts als „Kulturquartier Charlottenburg“ zu steigern. Die Zusammenarbeit kann unterschiedlich aussehen. z.B. durch Herausgabe einer gemeinsamen „Kulturkarte“, in der die Standorte eingezeichnet und die Institutionen beschrieben sind, oder durch Herausgabe eines Kombinations-Tickets, mit dem Eintrittspreise reduziert werden können. Das Bezirksamt soll den genannten Institutionen Vorschläge zur Zusammenarbeit machen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0350/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung von Fahrradbügel

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, einen Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger zu initiieren, bei dem die Befragten dem Bezirksamt Orte nennen, an denen mehr Fahrradbügel notwendig sind, um das vorhandene Fahrradabstellkonzept zu komplettieren.

Der BVV ist bis zum 31.07.2023 zu berichten.

Begründung:

Eventuelle Neuerungen bei den Bedürfnissen in unseren Kiezen sollten bei der Aufstellung der Fahrradbügel mit aufgenommen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0351/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Barrierefreie Versorgungssuche für die Kurzzeitpflege, Tagespflege, Sachleistung im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf für pflegebedürftiger Menschen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zeitnah eine Onlineplattform zu schaffen, wo tagesaktuell freie Plätze in der Kurzzeitpflege gemäß Paragraph 42 SGB XI, freie Tagespflegeplätze gemäß §41 SGB XI und Pflegestationen mit freien Kapazitäten gemäß § 36 SGB XI im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf zur Verfügung stehen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Durch akute Lebenssituationen sind kurzfristig und nicht planbare weitere Versorgungen in der Kurzzeitpflege oder der Tagespflege oder eine Versorgung durch einen Pflegedienst erforderlich. Mit der Schaffung einer Onlineplattform, werden allen Beteiligten, die Suche nach einer freien individuellen Versorgungsstruktur erleichtert. Die jeweiligen Einrichtungen können die freien Plätze täglich auf der Onlineplattform mitteilen. Der Arbeitsaufwand ist sehr gering und für alle Beteiligten in der Nutzung sehr effizient.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD/LINKE

Sempff/Dr. Biewener/Gronde-Brun-
ner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0352/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Netzwerk der Wärme jetzt bekannt machen und ausweiten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Informationen zum Netzwerk der Wärme mit den jeweiligen Standorten im Bezirk unverzüglich auf der Startseite des Bezirksamts einzustellen. Eine Übersicht mit den jeweiligen Angeboten und entsprechenden Öffnungszeiten soll als Flyer oder ähnliches schnellstmöglich kostenfrei in den bezirklichen Liegenschaften ausgelegt werden, sowohl mehrsprachig als auch barrierearm. Weitere öffentliche Kanäle (Aushänge, Internet, Printmedien) sind zu nutzen, um die derzeit bestehenden Angebote bekannt zu machen, insbesondere in Stadtteilzentren und Nachbarschaftshilfen, Bibliotheken usw.

Des Weiteren wird das Bezirksamt aufgefordert mit allen sozialen Trägern (Kirchen, Stadtteilzentren, Jugendclubs etc.) im Bezirk in Kontakt zu treten, um ihre Teilnahmemöglichkeit am Netzwerk der Wärme zu besprechen, um einen Beitrag zum Wachsen des Netzwerks zu leisten und darüber für möglichst viele Menschen im Bezirk Unterstützung anzubieten.

Ferner soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass alle Träger, die ein Angebot schaffen möchten, dieses auch umsetzen können.

Die BVV ist über die geplanten Maßnahmen fortlaufend zu informieren.

Der BVV ist bis zum 31.01.2022 zu berichten.

Begründung:

Bislang gibt es kaum Informationen zum Netzwerk der sozialen Wärme. Dies soll sich angesichts der für viele Menschen nicht mehr zu bewältigenden finanziellen Schwierigkeiten aufgrund von steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen schnellstmöglich ändern. Die bereits bestehenden Angebote müssen schnellstmöglich im gesamten Bezirk bekannt gemacht werden und ausgeweitet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0353/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Adolph Frank nicht vergessen"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, am oder vor dem Haus Bismarckstraße 10/Ecke Marie-Elisabeth-Lüders-Straße eine Gedenktafel für Prof. Dr. Dr. Adolph Frank anzubringen. Des Weiteren ist seine Grabstätte auf dem Evangelischen Luisenfriedhof II, Königin-Elisabeth-Straße 46 in Westend (Grabstelle LII-43), in würdiger Form herzurichten. Die Gedenktafelkommission ist zu beteiligen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2023 zu berichten.

Begründung:

Leben und Wirken von Adolph Frank ist ausführlich dargestellt in der 2021 erstellten Ausstellung „Spuren jüdischen Lebens in der Magistratebibliothek Charlottenburg 1808-1945“ des bezirkseigenen Verwaltungsinformationszentrums (VIZ). Prof. Dr. Adolph Frank (geboren am 20. Januar 1834 in Klötze/Altmark, gestorben am 30. Mai 1916 in Charlottenburg) stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Nach einer 1848 begonnenen Apothekerlehre und seiner Militärzeit studierte er in Berlin Pharmazie, Naturwissenschaften und Technologie. Nach der Promotion an der Universität Göttingen arbeitete er als Chemiker in einer Zuckerfabrik und erwarb mehrere Patente für die Produktion von Zucker und Kalidünger für die Landwirtschaft. 1861 gründete er die erste Kalidüngerfabrik Deutschlands in Staßfurt, die ihren Absatz bis in die USA erstreckte. 1876 zog er nach Charlottenburg und übernahm die technisch-wissenschaftliche Leitung der Glashütte, die er bis 1885 führte. In dieser Zeit erfand er das braune Glas zum Schutz des Bieres gegen Sonnenlicht. 1895 entwickelte er mit einem Partner Verfahren zur Produktion von Kalkstoffdünger und gründete dafür 1899 die Cyanid-Gesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main. Von 1898 bis zu seinem Tod war Frank Mitglied der Jüdischen Gemeinde. Seit 1878 war er Mitglied der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, der er bis zu seinem Tode angehörte. Der Geheime Regierungsrat war mit

38 Jahren Dienstzeit das mit Abstand Dienstälteste Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Als Stadtverordneter erreichte er, dass in Charlottenburg als erste Stadt in Deutschland Gaslaternen eingeführt wurden. Er war besonders in der Deputation der Gaswerke tätig. Zusammen mit seiner Ehefrau gründete Frank die Meta-Frank-Stiftung und hinterließ der Stadt testamentarisch 7500 Mark, „um sie für Kinder zu verwenden, die in die Ferienkolonien gesandt werden“. Nach Frank wurde 1918 die Frankstraße nahe dem Schlosspark benannt. Sie wurde 1938 wegen seiner jüdischen Herkunft in Heubnerweg nach dem Kinderarzt Otto L. Heubner umbenannt. Auf Anregung des Geburtsorts Klötze wurden 2016 im Heubnerweg zwei Straßenergänzungsschilder angebracht.

Besonders wegen seiner Verdienste als Forscher für den Einsatz von Kali als Dünger in der Landwirtschaft und wegen seiner außerordentlich langen Tätigkeit als Charlottenburger Stadtverordneter ist die Ehrung mit einer Gedenktafel mehr als berechtigt. Für seine Verdienste wurde ihm 1913 der Königliche Kronen-Orden 2. Klasse verliehen, zuvor bereits der Rote Adlerorden IV. Klasse. Den Professorentitel erhielt er ehrenhalber, ohne doziert zu haben.

Das Haus, in dem Adolph Frank von 1910 bis zu seinem Tod im Jahr 1916 gelebt hat, existiert nicht mehr. An dessen Stelle befindet sich ein Bürogebäude aus den 1960er Jahren.

Das Grab von Adolph Frank und seiner Frau Meta (geb. Warburg, 26.05.1843-25.04.1910) ist erhalten und zum Teil durch Pflanzen überwuchert. Die Eisengitterumzäunung ist erhalten, bedarf aber der Restaurierung.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Buß/Bodensiek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0354/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Minibaustellen im Bezirk endlich in den Griff bekommen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Bauabsperrungen nach mehr als acht Monaten ohne erkennbare Bautätigkeit entfernen zu lassen. Dem Bezirksamt wird aus aktuellem Anlass anheimgestellt, einen Überblick über genehmigte Bauaktivitäten im Bezirk z.B. durch eine Digitalisierung der erteilten Absperrgenehmigungen mit terminierter Wieder-vorlagefunktion zu verbessern.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Es gibt sehr viele Baustellen im Bezirk, die gar nicht benutzt werden, aber für die zu Fußgehenden oder Fahrradfahrern ein großes Problem sind, wie beispielsweise an der Ecke Messedamm/Masurenallee, im Klausenerplatz Kiez oder die gerade abgeräumte Baustelle auf dem Stuttgarter Platz.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0355/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erhalt des Reitsportvereins am Maifeld mit seinem einmaligen Angebot am Standort Lindeneck

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat von Berlin nachhaltig für den Verbleib des Reitsportvereins am Maifeld am historischen Standort am Lindeneck auf dem Gelände des Olympiaparks einzusetzen, um das einmalige sportliche, therapeutische sowie jugend- und sozialpolitische Angebot des Vereins für den Bezirk und darüber hinaus zu erhalten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Wie das Bezirksamt auf eine Schriftliche Anfrage geantwortet hat, bietet der Reitsportverein am Maifeld ein „Alleinstellungsmerkmal“ für das Geländereiten als Teil des Vielseitigkeitsreitens. In der Vielseitigkeit wird Dressur, Springen und Gelände mit einem Sportpartner Pferd geritten. Gerade für das Geländereiten wird viel Strecke/Platz benötigt, um auf die erforderliche Geschwindigkeit/Tempo zu trainieren.

In Berlin gibt es sonst keine weiteren Geländestrecken, nur im Berliner Umfeld. Der Verein bietet ein breites Spektrum für therapeutisches Reiten an.

So gibt es z. B. Angebote bei Burnout-Syndrom, Gehbehinderung (Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen), Traumaerfahrung, Downsyndrom.

Es erhalten auch geflüchtete Kinder Reitunterricht. Eine Trainerin hat eine Kooperation mit der Kita Länderallee (über 80 Kinder insgesamt) und führt kleine Kinder an die Ponys/Pferde heran, insbesondere lernen die Kinder den Umgang mit dem Pferd.

Auf die Frage: „Aus welchen weiteren Bezirken wird der Reitersportverein am Maifeld e.V. für pädagogische, soziale und therapeutische Angebote genutzt?“ wurde geantwortet:

„Die Angebote des Reitsportvereins werden von folgenden Bezirken genutzt: Schöneberg, Tiergarten, Zehlendorf, Spandau, Kreuzberg, Friedrichshain.“

Aus den vom Bezirksamt dargestellten Gründen soll sich das Bezirksamt und die BVV für den Verbleib des Vereins am jetzigen Standort einsetzen, um diese Vielfalt zu wahren und weiterhin zu fördern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD/Grüne
Sempff/Hansen/Weise/Kempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0356/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Öffnet das Café im Pangea Haus im Rahmen des Netzwerkes der Wärme!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den nicht genutzten Bereich des geplanten Cafés im Pangea Haus umgehend zu öffnen und im Rahmen des Netzwerkes der Wärme bewirtschaften zu lassen. Diese Maßnahme soll gelten, bis abschließend ein Vertrag mit einem Betreiber für das Café abgeschlossen wurde.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Die hohen Energiekosten belasten die Menschen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit dem Netzwerk der Wärme wollen wir im Bezirk zusammen mit dem Senat die Menschen unterstützen. Das Pangea Haus als zentraler und Bezirksbekannter Ort, wäre hierfür ideal. Das Bezirksamt, als Eigentümer der Immobilie, soll seinen Einfluss geltend machen, um zeitnah eine sinnvolle Nutzung des Raumes zu gewährleisten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Beckers/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0357/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Parkbänke in der Schloßstraße sanieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die beschädigten Parkbänke auf der Grünfläche in der Mitte der Schloßstraße zu sanieren.

Der BVV ist bis zum 31.3.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Grünanlage in der Mitte der Schloßstraße wird von einem vielfältigen und großen Publikum nicht nur zum Flanieren und als Zuwegung zum Schloßpark, sondern auch zu verschiedenen Freizeitaktivitäten wie dem Boule-Spiel genutzt. Die in der Grünanlage in der Mitte der Schloßstraße aufgestellten Parkbänke sind jedoch teilweise in einem so stark sanierungsbedürftigen Zustand, dass ein Verweilen auf diesen insbesondere für ältere Menschen nicht mehr zumutbar ist.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0358/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kostenloses Parken für Bezirksamtsmitarbeiter

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den Mitarbeiter des Bezirksamtes zu ermöglichen , auf den Flächen des Bezirksamtes während der Arbeitszeit kostenlos zu parken.

Begründung:

In Zeiten von Fachkräftemangel und angesichts der Tatsache, dass insbesondere die Bezirksämter Schwierigkeiten haben, gutes Personal zu akquirieren und zu binden, ist es wichtig, zusätzliche Anreize zu setzen. Obschon immer mehr Berliner das Fahrrad und den ÖPNV nutzen, gibt es weiter eine beträchtliche Zahl an Autofahrern, von denen viele so lange Strecken zurücklegen müssen, dass Fahrrad und ÖPNV keine Alternative zum Auto darstellen. Es ist Aufgabe von Senat und Bezirksamt, alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen zu berücksichtigen. Deshalb sollte das Bezirksamt als Arbeitgeber so wie auch in der freien Wirtschaft üblich (mit der der Staat um qualifizierte Arbeitskräfte konkurriert) die Annehmlichkeit kostenloser Parkplätze am Arbeitsplatz bereitstellen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0359/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Keine weiteren Einschränkungen bei Dienstleistungen für Bürger:innen**Beitritt: FDP-Fraktion**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 12. Februar 2023 keine weiteren Einschränkungen in den Bürgerämtern des Bezirks durch Abzug von Mitarbeitenden zur Unterstützung der Wahlen vorzunehmen.

Notwendiges Personal ist aus anderen Bereichen des Bezirksamts zu holen oder nach Gesprächen mit den zuständigen Stellen entweder von der Landesebene oder durch Personaldienstleister und befristete Einstellungen zu beziehen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der Wiederholungswahlen im Februar 2023 wurden bzw. werden berlinweit die Kapazitäten in den Bürgerämtern heruntergefahren, damit die Mitarbeitenden bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen unterstützen. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf ist das Bürgeramt in der Wilmersdorfer Straße geschlossen. Die Schließungen bedeuten, dass die ohnehin sehr schwierige Terminsituation in den Bürgerämtern weiter verschärft wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0360/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Aktueller Drogen- und Suchtbericht

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird aufgefordert, einen Drogen- und Suchtbericht für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu erarbeiten und der BVV vorzustellen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:
Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen/Balkow

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0361/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt ein Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einzuführen, die im Rahmen von städtebaulichen Verträgen oder nach der Berliner Bauordnung zu schaffen sind und sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass den Bezirken im Zuge der Novellierung der BauO Bln für die Abnahmen und dauerhaften Kontrollen entsprechende Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.23 zu berichten.

Begründung:

Der Versorgungsgrad mit Spielplatzflächen weist nach dem Richtwert des Berliner Kinderspielplatzgesetzes in allen Bezirken ein erhebliches Defizit aus.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0362/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Rollstuhlrampe am Fennsee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, an der Terrasse am Wilmersdorfer Fennsee (Mannheimer Straße) eine Rollstuhlrampe zu installieren, um die Terrasse barrierefrei erreichbar zu machen. Prüfungen der baulichen Änderungen in Bezug auf den Denkmalschutz sind zeitnah vorzunehmen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Auf den Terrassen am Fennsee in der Mannheimer Straße verweilen gerne Bürger:innen aus der Nachbarschaft. Insbesondere auch Schüler:innen der Finkenkrug-Schule, an der auch eine Vielzahl an Menschen mit körperlicher Behinderung sind. Auch ist eine geschützte Wohnanlage für Senior:innen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Durch eine Rampe ließe sich die Terrasse barrierefrei erreichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Biewener/Hansen/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0363/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

(soziale) Wärme auch in Wärmestuben schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich für die Schaffung von weiteren Wärmestuben im Bezirk einzusetzen. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit bezirkseigene Liegenschaften als warme Aufenthaltsräume genutzt werden können. Auch der Ausschank von warmen Getränken und Speisen ist dabei zu prüfen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2023 zu berichten.

Begründung:

Es gibt in Berlin immer weniger Wärmestuben. Dies ist in der aktuellen Energiekrise ein unhaltbarer Zustand. Es gibt nur wenig Räume, in denen sich Menschen wärmen bzw. ein heißes Getränk oder warme Speisen bekommen können. Wir brauchen solche Einrichtungen auch in unserem Bezirk. Auch die temporäre Nutzung von bezirkseigenen Liegenschaften soll dabei geprüft werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Zeh/Schuchert

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0364/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das Café des Pangea- Hauses im Sinne der Kältehilfe nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob die aktuell leerstehenden Räumlichkeiten des Cafés, des Pangea-Hauses für den anstehenden Winter zur Kältehilfe eingesetzt werden können. Es sind Konzepte der Angebote für die Räumlichkeiten vom Bezirksamt zu erstellen. Für die Finanzierung soll sich das Bezirksamt bei Senat einzusetzen, falls der Bezirk diese nicht sicherstellen kann.

Der BVV ist bis zum 31.12.2023 zu berichten.

Begründung:

- Erfolgt mündlich -

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0365/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Jugend-Experimentier-Zentrum im Wasserturm – Mierendorff-Insel erlebbar machen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich entsprechend den Wünschen der Schüler:innen des Gottfried-Keller-Gymnasiums für den Aufbau und die Verstetigung eines Jugend-Experimentier-Zentrums im Wasserturm in der Gaußstr. auf der Mierendorff-Insel einzusetzen. Die Planungen sollen gemeinsam mit der Schule und der Dorfwerkstadt gestaltet werden.

Gemeinsam mit dem Eigentümer ist zu erörtern, inwieweit der Wasserturm hierfür zur Verfügung steht, bzw. wie ein Erwerb als bezirkseigene Liegenschaft zu erzielen ist. Gemeinsam mit dem Senat soll geprüft werden, wie die Finanzierung gewährleistet werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.12.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Wasserturm in der Gaußstraße befindet sich am denkmalgeschützten ehemaligen Gaswerk Charlottenburg, welcher sich seit Jahren ungenutzt in Privatbesitz befindet. Für den Bezirk und seine Anwohner:innen ist es unabdingbar, dass Kinder und Jugendliche in ihrer eigenen Umgebung lernen und erkunden können. Das älteste Gebäude auf der Mierendorff-Insel bietet dafür einen hervorragenden Rahmen, die ungenutzten Räumlichkeiten mit Leben zu füllen. Zudem kann ein solches Zentrum auch über Bezirksgrenzen hinweg als Leuchtturmprojekt in der Kinder- und Jugendarbeit wahrgenommen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0366/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Per Express in die City-West

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in der 2023 beginnenden Erarbeitung des neuen Landesnahverkehrsplan Berlin dafür einzusetzen, dass die Buslinie X9 oder eine neue Express-Buslinie mit einer vergleichbaren Routenführung, die mindestens den U-Kurt-Schumacher-Platz, die Urban Tech Republic, den Bahnhof Jungfernheide, den U-Mierendorffplatz, den U-Richard-Wagner-Platz, den U-Ernst-Reuter-Platz und den Bahnhof Zoo in einem hochfrequenten Takt miteinander verbindet, wieder eingesetzt wird. So ist auch eine barrierefreie Fahrt mit dem ÖPNV aus Charlottenburg-Nord in die City-West wieder möglich.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez war die Buslinie X9 jahrelang die direkte Expresslinie in die City-West. Schnell, barrierefrei und ohne Umstieg zum Bahnhof Zoo zu gelangen, erfüllte für die Bürger:innen eine wichtige Funktion. Mit der Schließung des Flughafen Tegel wurde die Linie X9 jedoch eingestellt. Aktuell führt der Weg in die City-West für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez entweder mit der U-Bahn mittels Umstieg am nicht-barrierefreien U-Bismarckstr, mit der S-Bahn via Westkreuz oder mit der wesentlich längeren Busfahrt mit der Buslinie 109. Wir fordern deshalb, dass der X9er oder eine vergleichbare Express-Buslinie wieder eingesetzt wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0367/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Einkaufsmöglichkeiten für die Mierendorffinsel – Nahversorgungskonzept fortschreiben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das teilräumliche Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz aus dem Jahr 2013 zu aktualisieren und in Kooperation mit dem Lebensmitteleinzelhandel so umzusetzen, dass eine fußläufige Nahversorgung auf der INSEL für alle gewährleistet werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Jahr 2013 wurde das teilräumliche Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz (siehe DS 0566/4) in Auftrag gegeben. Hier wurde treffend festgehalten: „Eine umfassende und funktionierende Nahversorgung ist essenziell für die Attraktivität von Wohnstandorten und auch von zentralen Versorgungsbereichen.“* Die aktuelle Entwicklung auf der Mierendorff-Insel zeigt jedoch die grobe Fehlplanung in Bezug auf wohnortnahe und fußläufige Versorgung mit Supermärkten in dem Gebiet. Hier muss gegengesteuert werden, um die Versorgung der Anwohner:innen der Insel zwischen den zahlreichen Planungen nicht zu vernachlässigen und künftig zu gewährleisten.

* Föhler, Böttger, Döring (2013): „Teilräumliches Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz“, hrsg. von Stadt + Handel, Dortmund, S. 69, online abrufbar unter:

https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/4508103627702134/27702134/00060086/86-Anlagen/02/s_h_NVK_QuartierMierendorffplatz.pdf

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0368/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in Zuge einer zukünftigen Sanierung des Bahnhofs Jungfernheide und seiner Vorplätze an der Olbersstraße und Max-Dohrn-Straße im gemeinsamen Prozess mit dem Senat, der Deutschen Bahn und der BVG für eine Neugestaltung einzusetzen, die folgende Punkte berücksichtigt:

Das Bahnhofsgebäude soll so verändert werden, dass enge, verwinkelte und schlecht einsehbare Räume aufgelöst werden und Fahrgästen eine bessere Orientierung ermöglicht wird. Das schließt die räumliche Platzierung von Gewerben und Informationstafeln ein. Die lange und enge Passage unter der Bahntrasse soll breiter und offener- sowie besser einsehbar ausgestaltet werden.

Der Bahnhofsvorplatz an der Olbersstraße soll räumlich offen gestaltet werden. Vor allem der schlecht einsehbare und schlecht beleuchtete Weg entlang der Kita und der Kleingärten soll in seiner jetzigen Form nicht mehr existieren. Der Zugang zum Bahnhof soll von der Olbersstraße über einen offen gestalteten Vorplatz ermöglicht werden. Hohe Aufenthaltsqualität soll hergestellt werden. Dazu gehören Sitzgelegenheiten, ausreichend Mülleimer und entsiegelte Flächen mit Stadtgrün. Der Spielplatz und der Bolzplatz sollen erhalten bleiben. Der Platz soll zu jeder Tageszeit gut ausgeleuchtet sein. Für die Müllcontainer, die von den Gewerben im Bahnhofsgebäude genutzt werden, soll es ein geschlossenes Häuschen geben, damit Schädlinge nicht mehr den Platz belasten.

Am Ausgang Max-Dohrn-Straße soll eine geeignete Lösung für die Bushaltestelle sowie die künftig entstehende Endhaltestelle der Tram gefunden werden, die die Passagierströme aus dem Bahnhof intelligent lenkt und in einem Wartebereich mit ausreichend

Platz und Aufenthaltsqualität mündet. Der unmittelbare Ausgangsbereich soll so umgestaltet werden, dass sich Passagiere, die auf die nächste Bahn warten oder eine Reisepause einlegen, dort gerne aufhalten.

Im Gesamtkonzept soll geprüft werden, an welchen Orten öffentliche WCs am sinnvollsten platziert werden können.

An beiden Ausgängen sollen ausreichend überdachte Fahrradstellplätze geschaffen und gestalterisch gut eingebunden werden. Ein Fahrradparkhaus an der Max-Dohrn-Str. ist zu prüfen.

Bei der Ausgestaltung sollen die Bürger:innen früh beteiligt werden.

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, die in diesem Antrag genannten Maßnahmen, deren Umsetzung bereits vor dem Gesamtumbau des Bahnhofs möglich sind, zügig umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Bahnhof Jungfernheide ist in seiner Gestaltung ein Relikt aus städte- und verkehrsplanerisch längst vergangenen Tagen. Weder das Bahnhofsgebäude noch seine Vorplätze weisen derzeit eine nennenswerte Aufenthaltsqualität auf. Wir fordern, dass diese Missstände baulich behoben werden und der Bahnhof Jungfernheide endlich in seiner Gestaltung seiner Rolle als regionaler Verkehrshub gerecht wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0369/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Papiermüll reduzieren – Weg zur digitalen BVV priorisieren

Die BVV möge beschließen:

Als Naturschutzmaßnahme wird für künftige Sitzungen der BVV nur noch ein beidseitig bedrucktes Exemplar der Aktenmappe und der geschäftlichen Mitteilungen je Fraktion und fünf weitere Ansichtsexemplare für Gäste durch das BVV-Büro zur Verfügung gestellt. Ausschussunterlagen werden nur noch in digitaler Form versendet.

Begründung erfolgt mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0370/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neue öffentliche Toiletten im Charlottenburger Norden

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass am Grünzug Popitzweg, entlang des Ufergrünzuges der Mierendorffinsel und an der Grünanlage Gaußstraße öffentliche Toiletten eingerichtet werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0371/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

**Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk –
Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, umgehend den bereits 2017 beschlossenen „Bezirksentwicklungsplan Soziale Infrastruktur“ (DS 0183/5) für den Bezirk zu erstellen, um den (wachsenden) Bedarf an Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Spielplätzen, Grünflächen und kulturellen sowie generationenübergreifenden Begegnungsräumen gerecht zu werden.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das Soziale Infrastruktur-Konzept (SIKo) für Charlottenburg-Wilmersdorf und daraus resultierenden Bedarfe in die nächste Investitionsplanung des Bezirks aufzunehmen und fortlaufend in einer Flächen- und Maßnahmenplanung fortzuschreiben.

Der BVV ist bis zum 30.09.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Aufstellung des SIKo wird vom Bezirksamt seit Jahren hinausgezögert. Zuletzt wurde die Fortschreibung eines nicht veröffentlichten und nicht mehr aktuellen Entwurfs auf den Zeitraum 2020/21 festgelegt. Dies wird der dynamischen Entwicklung des Bezirks nicht gerecht.

Die wachsende Bevölkerung im Bezirk erfordert die umgehende Aufstellung eines solchen Konzepts zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Planung. Beispielsweise die Planung rund um die Mierendorff-Insel zeigt die Notwendigkeit eines SIKo, das bisher verschleppt wurde. Es fehlen dringend notwendige Flächen für soziale und grüne Infrastruktur. Der Zuzug Tausender Menschen erfordert Flächen für Nachbarschaftszentren, Begegnungsräume für Jung und Alt, Schulen und Kitas, Kultur- und Grünflächen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0372/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt solidarisiert sich öffentlich mit den Beschäftigten der Galeria Karstadt Kaufhof.

Solange der im Letter of Intent (LoI) zwischen Senat, Galeria Karstadt Kaufhof und der SIGNA-Gruppe vereinbarte Fortbestand der Warenhäuser nicht gewährleistet ist, wirkt das Bezirksamt auf einen vorläufigen Stopp städtebaulicher Projekte an den Warenhausstandorten im Bezirk hin.

Sollte die Vereinbarung zwischen dem Senat von Berlin, Galeria Karstadt Kaufhof und SIGNA-Gruppe von 2020 nicht weiterhin im Sinne der Beschäftigten Bestand haben, wird das Bezirksamt aufgefordert, sich für eine Neuverhandlung der Vereinbarung (Letter of Intent) einzusetzen, um die Arbeitsplätze der Mitarbeiter:innen von Galeria Karstadt Kaufhof zu sichern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Letter of Intent (LoI) aus dem August 2020 wurde u. a. vereinbart:

„Die SIGNA-Gruppe, die Geschäftsführung von GALERIA Karstadt Kaufhof und der Senat von Berlin kommen überein, das Unternehmen dabei zu unterstützen, sich zukunftsfähig aufzustellen und den Großteil der Standorte, der Arbeitsplätze und der entsprechenden Warenhaus-Verkaufsflächen in Berlin zu erhalten. Die unterzeichnenden Parteien setzen sich gemeinschaftlich und partnerschaftlich für den Fortbestand der Warenhausstandorte von GALERIA Karstadt Kaufhof sowie für die Umsetzung damit in Zusammenhang stehender städtebaulicher Projekte ein und treffen dazu nachstehende Vereinbarung. Der Senat wird die Bezirke bei den in ihrer Zuständigkeit liegenden und zur Erfüllung dieses LoI erforderlichen Aufgaben unterstützen.“

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0373/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Arbeit am Bebauungsplan für SIGNA am Ku'damm sofort einstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die Arbeiten am vorhabenbezogenen Bebauungsplan 4-81 (Karstadt Ku'damm) mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.

Zentrale Eckpunkte für die Neuauflage eines B-Plans sollen sein:

1. Keine Überschreitung der Vereinbarungen aus dem „Letter of Intent“, wonach höchstens 2 Hochpunkte bis 60 Meter Höhe errichtet werden können, damit die städtebauliche Höhendominante am Breitscheidplatz erhalten bleibt. Das Hochhauskonzept City West soll umfassend berücksichtigt werden.
2. Festsetzung eines relevanten Anteils der Bruttogeschossfläche für gemeinwohlorientierte Nutzungen.
3. Perspektivisch sollen Vorbereitungen für eine teilnahmebezogene, soziale und ökologische Neuplanung des Standorts getroffen werden – unter Einbeziehung der Beschäftigten und ver.di und unter Erhalt aller Beschäftigungsverhältnisse.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

SIGNA ist ein Konzern, der hauptsächlich im Bereich der Grundstücksverwertung (Real Estate) arbeitet und nebenher auch vertraglich übernommene Warenhäuser betreiben muss. Im Warenhausbereich meldet die SIGNA-Sparte Galeria-Kaufhof Insolvenz für mehrere Kaufhäuser an, gleichzeitig kassiert der Konzern staatliche Subventionen, um den Warenhausbetrieb mit Hunderten von Arbeitsplätzen zu erhalten. Die Sparte Grundstücksverwertung möchte Grundstücke des übernommenen Karstadt-Konzerns gewinnmaximierend verwerten und zahlt Dividende aus.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0374/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Schulen im Bezirk jetzt sanieren!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend mögliche Schulen für die beim Schulbau nicht verausgabten Landesmittel anzumelden, die im Nachtragshaushalt 2022/23 für Notmaßnahmen oder für Schulbau und Schulsanierung außerhalb der Investitionsplanung vorgesehen sind. Der BVV und den Fachausschüssen sind darüber hinaus die Kriterien darzulegen, nach denen Schulen im Bezirk als sanierungsbedürftig eingestuft und der Senatsverwaltung gemeldet werden.

Begründung:

Der rot-grün-rote Senat wird die Berliner Bürger:innen und die Wirtschaft in der Energiekrise mit noch einmal 400 Millionen Euro mehr entlasten. Das Abgeordnetenhaus hat dies mit dem Nachtragshaushalt 2022/23, der damit auf insgesamt drei Milliarden Euro anwächst, beschlossen.

Infolge der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt wird mit mindestens 60 Mio. Euro nicht verausgabter Schulbaumittel gerechnet, welche den Bezirken für Notmaßnahmen (Anmietungen zusätzlicher Räume, temporäre Maßnahmen, Container etc.) oder für die Nutzung einer von der LINKEN erreichten Öffnungsklausel (Schulbau und Schulsanierung auch außerhalb der Investitionsplanung bei drohendem Wegfall von Schulplätzen oder akutem Schulplatzbedarf) zur Verfügung gestellt werden können.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sollte schnell aktiv werden, um für diese Mittel passende Schulen anzumelden. So kann der Verlust von Schulplätzen vermieden werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0375/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Hände weg von den Rücklagen der Schulen im Bezirk!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Schulen im Bezirk ihre nach §7 (6) des Berliner Schulgesetzes gebildeten Rücklagen im Schuletat weiter zur Verfügung zu stellen. Gegenüber der Senatsfinanzverwaltung sowie über den Rat der Bürgermeister:innen soll das Bezirksamt darauf hinwirken, dass die Rücklagen nicht zum Jahresende gestrichen werden, sondern – wie bisher gehandhabt – für weitere, dringend benötigte Sachausgaben zur Verfügung stehen. Nach Möglichkeit soll hierfür der Schulerschluss mit anderen Bezirken gesucht werden.

Begründung:

Die Bildung von Rücklagen durch Schulen ist nach §7 (6) des Berliner Schulgesetzes ausdrücklich möglich, um Maßnahmen und Investitionen zu finanzieren, die den Umfang der jährlich zugewiesenen Mittel übersteigen. Haushaltssanierungen – weder im Bezirk noch auf Landesebene – dürfen nicht zu Lasten der Schulen und damit der Schüler:innen geschehen. Die Coronapandemie aber auch der starke Zuwachs an geflüchteten Schüler:innen in den letzten Jahren sowie der generell schlechte bauliche Zustand vieler Schulgebäude haben zu einem hohen Bedarf an Investitionen in Sachmittel geführt. Hinzu kommt ein extrem kurzes Haushaltsjahr 2022/23. Eine vorzeitige Streichung der Rücklagen würde die Schulen unnötig unter Druck setzen und die ohnehin schwierige Situation für Schüler:innen und Lehrer:innen unnötig verschärfen. Die Rückführung der Mittel in den kommenden Bezirkshaushalt ist abzulehnen. Die Mittel gehören den Schulen und dienen nicht der Sanierung klammer Haushalte!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0376/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lücken in der Kinderbetreuung schließen - Situation in der Bezirksregion Lietzenburger Straße verbessern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, auch in der Bezirksregion 10, welche den Bereich um die Lietzenburger Straße umfasst, in den kommenden Jahren zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen und insofern diesen Bereich auch in Aus- bzw. Neubauvorhaben im Rahmen der bezirklichen Entwicklungsplanung zu berücksichtigen.

Begründung:

Gemäß Analyse des Jugendamtes Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es in der Bezirksregion 10 Lietzenburger Str. zum 31.12.2021 einen fehlenden Platzbedarf von 272 Kita- und Tagespflegeplätzen. Dies ist das größte Defizit in den 11 Charlottenburg-Wilmersdorfer Regionen.

Bei der Planung von Aus- und Neubauvorhaben bis 2025 ist festzustellen, dass die Region 10 vollständig fehlt. Es ist weder geplant noch angedacht, die Situation im Bereich der Lietzenburger Straße zu ändern.

Daher ist damit zu rechnen, dass sich bei dem steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen in den nächsten Jahren die Situation dramatisch verschlimmern und z.B. der Platzbedarf allein bis zum Sommer 2023 auf 410 Plätze steigen wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0295/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 schriftlich beantwortet
	BVV	

Wohngeldanträge in Charlottenburg-Wilmersdorf

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die oben genannte Große Anfrage beantworte ich für das Bezirksamt wie folgt:

- 1. Inwiefern weicht die aktuelle IST-Personalsituation beim Wohnungsamt im Verhältnis zu den Soll-Stellen auch unter Berücksichtigung von Dauererkrankungen oder Elternzeiten ab?**

Im Wohnungsamt sind 15 Mitarbeiter*innen mit der Wohngeldbearbeitung befasst, einschließlich Fachbereichsleitung und Widerspruchsstelle. Hiervon sind mit Stand vom 18.10.2022 alle Stellen besetzt.

Die Gesundheitsquote liegt bei ca. 70 %.

- 2. Was sind die aktuellen durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für neue Wohngeldanträge?**

Momentan liegt die Bearbeitungszeit bei ca. 8 bis 10 Wochen.

- 3. Mit welchem personellen Mehraufwand im Wohnungsamt wird durch das dritte Entlastungspaket gerechnet, soweit die Bescheidungszeiten 2 Monaten nach Antragsstellung nicht überschritten werden sollen?**

Die Mindestausstattung an zusätzlichem Personal sind nach derzeitigen Berechnungen 20 Mitarbeiter*innen und 2,5 Mitarbeiter*innen für die Bearbeitung von Bildungs- und Teilhabeanträgen, die damit zusammenhängen.

Aufgrund der Ausschreibefristen und des gleichzeitigen Personalbedarfs aller anderen Wohngeldstellen ist nicht in einer absehbaren Zeit mit einer Stellenbesetzung zu rechnen.

Auch benötigen die Mitarbeiter*innen wenigstens eine Einarbeitungszeit von 3 Monaten. Aufgrund der Komplexität der Wohngeldvorschrift kann nicht einfach Personal (neu oder aus anderen Stellen) umgesetzt und eingesetzt werden.

Wir werden für die erste Zeit versuchen, über einen Personaldienstleister Kräfte zu bekommen.

Eine Bearbeitungszeit von 2 Monaten wird unhaltbar.

Mit freundlichen Grüßen

Arne Herz

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler/Kadow/Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0298/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 schriftlich beantwortet
17.11.2022	BVV	BVV-014/6

Energiesicherheit der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

Die Beantwortung ist aus den Bereichen des Katastrophenschutzes und der IT-Stelle zusammengeführt worden.

1. *Wie kann die Arbeit des Bezirksamtes im Falle eines sogenannten „Blackouts“ oder temporärer Stromabschaltungen weiterhin gewährleistet werden?*
2. *Wie lange ist eine Versorgung durch Notfallmaßnahmen gewährleistet?*

Ich erlaube mir die erste und zweite Anfrage aus der Beantwortung des Katastrophenschutzes inhaltlich zusammenfassend zu beantworten:

Neben drei Schulstandorten (Arno-Fuchs Schule, Finkenkrug Schule, Schule am Rüdeshheimer Platz), Teilen der Bezirksgärtnerei und einer Sportstätte (Mommsenstadion) sind die beiden großen Bürodienstgebäude Otto-Suhr-Allee (OSA) und Hohenzollern-damm (HZD) mit Netzersatzanlagen ausgestattet, die bei einem Ausfall der allgemeinen Stromversorgung zumindest Teilbereiche der jeweiligen Liegenschaft mit Notstrom versorgen und somit die Aufrechterhaltung eines Dienstbetriebes sicherstellen. Dies dient insbesondere der Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben und der Sicherstellung des Katastrophenschutzes.

Die Dauer der Lauffähigkeit dieser Netzersatzanlagen hängt von mehreren Faktoren, wie der Leistungsabnahme (Stromverbrauch), dem Tankfüllstand und der Möglichkeit

einer Nachbetankung ab. Ursprünglich waren die Netzersatzanlagen in den beiden großen Bürodienstgebäuden so ausgelegt, dass sie am Standort Hohenzollerndamm 6 Tage und am Standort Otto-Suhr-Allee bis zu 14 Tage mit einer Tankfüllung laufen konnten. Letztgenannte Anlage war eigens für den Betrieb des Krisenstabes errichtet worden. Da mittlerweile jedoch in beiden Gebäuden viele Verbraucher über das Notstromaggregat mitversorgt werden, kann keine fundierte Aussage dazu getroffen werden, wie lange genau das Aggregat ohne Nachbetankung lauffähig ist.

- 3. Welche Vorkehrungen hat das Bezirksamt im Bereich der Datensicherung getroffen, um im Falle eines Stromausfalls keinen Datenverlust zu erleiden und ist der Zugriff auf diese Daten auch im Ernstfall gewährleistet (bspw. durch Server mit angeschlossenen Notstromgeneratoren)?*

Im Falle eines Stromausfalls wird das Rechenzentrum von einem Notstromgenerator versorgt. Bis der Generator angelaufen ist und Strom liefert, wird Strom durch eine USV-Anlage (Unterbrechungsfrei Stromversorgung) bereitgestellt.

Die IT-Stelle sichert die Daten im BA CW gemäß den Grundschutzanforderungen des BSI (Bundesamt für Sicherheits- und Informationstechnik). Dabei wird die 3-2-1-Regel angewendet. Das Grundkonzept der 3-2-1-Backup-Strategie besteht darin, dass von den zu schützenden Daten drei Kopien erstellt werden, die Kopien auf zwei verschiedenen Arten von Speichermedien gespeichert werden und eine Kopie der Daten an einen externen Standort geschickt wird. Die detaillierte Konzeption kann im Internet nachgelesen werden.

Ein Stromausfall hat auch nicht zwingend einen Datenverlust zur Folge, da wichtige zentrale IT-Systeme (ganze Serverräume) durch unterbrechungsfreie Stromversorgungen abgesichert sind. Weiterhin werden diese USVen durch Notstromanlagen in den wichtigsten Bereichen gespeist, die so lange laufen, bis der notwendige Kraftstoff nachgeliefert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Schmitt-Schmelz

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Zimmer/Balkow

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0305/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Smart City Hardenbergplatz

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

1. Welche Rolle spielt der Hardenbergplatz als Mobilitätsstandort?

Der Knotenpunkt von U-Bahn, S-Bahn, vielen verschiedenen Bussen und Regionalbahnen machen den Hardenbergplatz zum zentralen Mobilitätsstandort in der City West. In den letzten Jahren haben auch die verschiedenen Angebote der Mikromobilität einen deutlichen Anteil an den Verkehrsbewegungen am Hardenbergplatz gewonnen, was letztendlich mit der Eröffnung von zwei Jelbi-Stationen vor einigen Wochen auch strukturell-räumlich dokumentiert wird. Die Funktion des Platzes wird in den nächsten Jahren noch einmal deutliche Veränderungen erfahren. Im Zusammenhang mit den Neubau-maßnahmen in der Hetzallee Nord muss der dortige Busbahnhof für die Bauzeit verlagert werden und wird die nördlichen Bereiche des Hardenbergplatzes einnehmen. Mittelfristig wird sich die Verkehrsfunktion des Hardenbergplatzes dann auch durch die Endhaltestelle der Straßenbahn erneut verändern.

Neben diesem erheblichen Umsteigeverkehr ist der Hardenbergplatz aber auch der Ankunftspunkt für viele Menschen in der Innenstadt. Zehntausende von Menschen haben den Hardenbergplatz als Zielpunkt des ÖPNV auf ihrem Weg zur Arbeit und auf dem Weg zum Einkaufen, in die Kulturinstitutionen oder zum Sightseeing. Zurzeit definieren sich hierdurch erhebliche Fußgängerverkehrsströme aus den Verkehrsbereichen nach Süden zur Kreuzung Hardenbergstraße/Joachimsthaler Straße. In die andere Richtung nach Norden sind die Besucherinnen und Besucher des Zoos zu nennen, die neben der Querung des Platzes auf ihrem Weg zum Zooeingang bei hohem Besucherandrang den nordöstlichen Platzbereich auch als Wartezone vor den Eingangstoren nutzen.

Neue Fußgängerverkehrsströme Richtung Norden werden durch die geplanten Neubauten in der Hetzallee Nord mit einigen tausend neuen Arbeitsplätzen und dem studentischen Wohnen entstehen.

Für viele Menschen ist der Hardenbergplatz auch Treffpunkt und Aufenthaltsort auf ihrem Weg zur Stadtmission und den dortigen Angeboten für obdachlose Menschen.

Viele auswärtige Menschen, die Berlin besuchen und dabei auch die City-West mit ihren touristischen Attraktionen und dem attraktiven Einzelhandel besuchen wollen, erhalten ihren ersten Eindruck der City-West nach dem Verlassen eines Verkehrsmittels durch den Hardenbergplatz, der damit auch als Visitenkarte der City-West wahrgenommen wird.

Aktuell ist der Hardenbergplatz aber auch noch eine wichtige Adresse für den motorisierten Individualverkehr. Er ist ein großer Parkplatz und er ist trotz der schwierigen Verkehrsführung eine kurze Verbindung nach Norden in Richtung Moabit und Wedding für Fahrzeuge aus den Bereichen Bundesallee/Spichernstraße.

2. Welche Ziele verfolgt das Projekt Smart City am Hardenbergplatz?

Das Pilotprojekt SMART SPACE Hardenbergplatz ist eines von fünf Teilprojekten eines Gesamtkonzeptes der Senatskanzlei, das vom Bund gefördert wird. Alle Teilprojekte bearbeiten neue Arbeitsstrukturen und Möglichkeiten im Zusammenspiel von Verwaltung und Bürger*innen, neue Beteiligungsformate und die sich daraus ergebenden Chancen für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Kommunalpolitik und Verwaltung durch die Digitalisierung.

Auf dem südlichen Teil des Hardenbergplatzes im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird im Rahmen des Umsetzungsprojekts SMART SPACE Hardenbergplatz des Förderprogramms „Modellprojekt Smart Cities – Stadtentwicklung und Digitalisierung“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/BMI) eine typische städtische (Bahnhofs-) Vorplatzsituation beispielgebend neugestaltet. Hier treffen fast alle Mobilitätsformen (ÖPNV, DB Regional- u. Fernverkehr, MIV, Sharing Mobility) aufeinander. Um Flächen wie den Hardenbergplatz zukünftig bedarfsgerechter zu gestalten, braucht es neue Formen der Governance öffentlicher Flächen, zum Beispiel in Form innovativer Betreibermodelle. Es soll die Frage geklärt werden, wie es unter dem Einsatz von digitalen Tools möglich werden kann, Flächen je nach Bedarf flexibel zuzuteilen und damit unterschiedlich zu nutzen. Dazu ist es notwendig ein Betreibermodell zu entwickeln und neue rechtliche Rahmen zu definieren. Mit Hilfe einer digitalen Verhandlungsplattform sollen in der Projektlaufzeit 2022 bis 2026 Nutzungsbedarfe harmonisiert und bei Bedarf auch vom Hardenbergplatz temporär ferngehalten werden, um dort die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen zu verbessern. Das bisherige System von Sondernutzungsanträge ist für die flexible (stundenweise, tageweise, monatsweise) völlig ungeeignet. Hierbei sind unzählige Fragen zu klären. Wer entscheidet? Nach welchen Kriterien gibt es Nutzungserlaubnisse? Welche Nutzungen werden monetarisiert? Wie wird die Nutzung dann auch kontrolliert und die ungenehmigte Nutzung sanktioniert?

Deutschlandweit gibt es viele vergleichbare Plätze, deren Gestaltung hinsichtlich multimodaler Mobilitätsangebote bzw. Flächennutzung des öffentlichen Raums zu unflexibel, also veraltet ist. In den kommenden fünf Jahren Laufzeit von SMART SPACE Hardenbergplatz soll ein innovatives Betreibermodell entwickelt werden, das über eine smarte Verhandlungsplattform, die flexible temporäre Nutzung des sich zurzeit vorwiegend im öffentlichen Besitz befindlichen Stadtplatzes ermöglicht. Um Betreiberkonzept und digitale Verhandlungsplattform nicht nur funktionsfähig und finanzierbar, sondern auch rechtssicher und dem Gemeinwohl verpflichtet gestalten zu können, werden sie vom zuständigen Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit den zuständigen Senatsverwaltungen, der Wirtschaft, den Anlieger*innen, Verbänden sowie externer

Expertise erarbeitet. In der Praxisphase sollen diese beiden Neuerungen anhand von Pop-up-Interventionen und MobilityHubs mit den Elementen Freiraum-Zonierung, Anschlussmobilität, Reisendenlenkung, Aufenthaltsqualität, Sicherheit sowie Nachhaltigkeit getestet und überprüft werden.

Dies ist der formale Projektinhalt. Für den Bezirk ergibt sich damit aber die Chance eine seit vielen Jahren ungeklärte Problemstellung des Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für den Hardenbergplatz anzugehen.

Neben seiner oben beschriebenen verkehrlichen Funktion ist der Hardenbergplatz eben auch das Eingangstor in die City-West und damit imagebildend für die City-West. Es gilt also einen Platz zu entwickeln, der seiner hohen verkehrlichen Funktion gerecht wird und trotzdem eine hohe Aufenthaltsqualität hat, der Lust auf das Erkunden immer neuer Angebote und Strukturen macht, der weiterführt in die City West und einen ersten Überblick über die Angebote im Umfeld gibt.

Das Werkstadtforum City-West und auch der nunmehr vorliegende Arbeitsentwurf für die Bereichsentwicklungsplanung City-West definieren den Hardenbergplatz daher auch selbstverständlich nicht singulär, sondern als bedeuten Platz in der Reihung Hardenbergplatz, Breitscheidplatz, Los-Angeles-Platz. Diese Achse der Plätze hat ihren Ausgangs- und Endpunkt für viele Gäste der City-West am Hardenbergplatz.

Die ersten Diskussionen und Abstimmungen im Rahmen der Projektkonzipierung haben deutlich gemacht, dass die Nutzungsansprüche für den Hardenbergplatz nicht alle auf dem Platz erfüllt werden können. Die Einbeziehung der Nebenstraße in die Diskussionen wird sich kaum vermeiden lassen, um Nutzungsdruck vom Platz zu nehmen. Dies ist aber auch notwendig, weil die bisherige Rückseite des Bahnhofs durch die Entwicklungen in der Hertzallee Nord und Süd deutlich aufgewertet wird und eine attraktive Verbindung zu den neuen Quartieren darstellen wird. Klar geworden ist auch, dass die Rolle des motorisierten Individualverkehrs auf dem Hardenbergplatz deutlich reduziert werden muss und die riesigen Parkplatzflächen dort keine Zukunft mehr haben werden.

Die vielfältigen Ansprüche an den Hardenbergplatz werden sich nur durch eine hochflexible Mehrfachnutzung der Flächen erfüllen lassen. Eine Fläche die morgens im Berufsverkehr eine Busfläche ist, dann als Ladezone genutzt wird und am Abend vielleicht ein Kulturstandort ist und am Sonntag noch ein attraktiver Wartebereich für den Zoo. Das wäre die Zukunftsvision von der wir noch weit entfernt sind. Technisch ist das alles mittlerweile möglich, aber das muss gesteuert werden und dazu braucht es eine Struktur. Diese soll entwickelt werden.

3. Welche Chancen bietet das Projekt für die Bürger*innenbeteiligung?

Wesentlicher Teil des Projekts ist die Fragestellung, wie die Möglichkeiten der Digitalisierung auch die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung verändern werden. Hier gilt es für uns viele verschiedene Instrumente auszuprobieren. So haben wir in der Eröffnungsveranstaltung am 26.11. Herrn Hardenberg wieder zum Leben erweckt. Der große preußische Verwaltungsreformer wird uns in den nächsten Jahren durch den Prozess begleiten und als zentrale Figur der Kommunikation entwickelt. Er wird über die nächsten Schritte und Planungen berichten, er wird Fragen beantworten, er wird Beteiligungsformate moderieren. Aber natürlich wird es auch Möglichkeiten geben mit einem digitalen Zwilling digital verschiedene Planungen auszuprobieren, anzusehen und zu verstehen. Und wir können flexible Nutzungen einfach mal für ein paar Tage, Wochen oder Monate probieren und schauen, wie sie ankommen, ob sie funktionieren oder ob sie auf dem Platz stören. Wenn wir es gut hinbekommen, dann entwickeln wir am Beispiel des Hardenbergplatzes Bausteine für ein neues Planungs- und Beteiligungsverständnis, das uns dann auch für viele anderen Prozesse zur Verfügung steht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Häntsch/Fenske

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0306/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Die unendliche Geschichte im Bezirk "Der Sportentwicklungsplan"

Ich frage das Bezirksamt:

1. Welche Maßnahmen wurden, wann und mit welchen Organisationen zusammen ergriffen, um den Sportentwicklungsplan fertig zu stellen und umzusetzen?
2. Welche Investitionsmittel wurden vom Bezirksamt eingestellt bzw. an den Senat für Landesmittel gemeldet?
3. Welche Gründe lagen vor, den Sportentwicklungsplan bisher nicht in die Umsetzung zu bringen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Bergmann

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0307/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bilanz zu einem Jahr Bezirksbürgermeisterin und Zählgemeinschaft – der Anfang vom Ende?

Ich frage das Bezirksamt:

1. Welche Erfolge hat die Zählgemeinschaft in Bezug auf die vereinbarte Transformation zum E-Government im besonderen Hinblick auf die E-Akte erzielt – in welchen Bereichen ist der Bezirk im ersten Jahr der Zählgemeinschaft „digitaler“ geworden und ist damit dem Ziel der Zählgemeinschaftsvereinbarung nähergekommen, vor allem die Beschäftigten zu entlasten?
2. Wie gehen Sie mit der Bewältigung des Fachkräftemangels und der Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen um – was sind konkrete Schritte, wie die Zählgemeinschaftspartner mehr Personal generiert und vor allem die Ausbildungsquote erhöht?
3. Wie steht es um einige in der Zählgemeinschaftsvereinbarung konkret genannte Anliegen, beispielsweise dem Ziel mehr Sozialwohnungen zu bauen, durch die Realisierung von neuem Wohnraum?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen/Gusy

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0377/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neubau in der Wilmersdorfer Straße 118 - gut für den Kiez und das Klima?

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche ökologischen Anforderungen stellt das Bezirksamt an das Haus bzw. sind beabsichtigt mit dem Investor zu vereinbaren?
2. Welche Zielstellungen verfolgt das Bezirksamt beim Bau des Hauses in der Wilmersdorfer Straße 118 (heute Karstadt) besonders im Bereich des Gemeinwohls und welche Nutzungsanteile sind bisher geplant?
3. Wie wird die Beteiligung der BVV und der Bürger*innen vor Ort erfolgen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0378/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fahrradbügel im Bezirk

Ich frage das Bezirksamt:

1. Wie wurden die Einwohner und Einwohnerinnen bei der Erstellung des Fahrradabstellkonzept eingebunden und könnte sich der Bezirk vorstellen, noch einmal einen Aufruf zur Beteiligung zu starten?
2. Wird der Bezirk, wie im Antrag (DS-Nr.: 0691/5) im Jahr 2018 beschlossen, das Fahrradabstellkonzept auf der bezirklichen Homepage abrufbar machen und ergänzend dazu über eine interaktive Karte das Konzept visualisieren?
3. Gab es bisher eine Evaluation der im Fahrradabstellkonzept geplanten oder der bereits realisierten Standorte und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Häntsch/Sandvoß

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0379/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Standortmanagement für die Uhlandstraße einrichten!

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Sind dem Bezirksamt das Ausmaß des Leerstands von Ladenlokalen und die Anzahl der Geschäftsaufgaben in der Uhlandstraße in dem Abschnitt zwischen der Lietzenburger Straße und der Blissestraße bekannt und wie hoch ist der aktuelle Leerstand?
2. Was macht die bezirkliche Wirtschaftsförderung, um die Gründe für die Geschäftsaufgaben und den Leerstand zu analysieren?
3. Wann spätestens beabsichtigt das Bezirksamt und mit welchen Maßnahmen, dem Leerstand und den Geschäftsaufgaben in der Uhlandstraße zu begegnen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0380/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kita-Entwicklungsplanung im Bereich der Lietzenburger Straße

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche Gründe gibt es für den durch das bezirkliche Jugendamt festgestellten Umstand, dass in der Bezirksregion 10, welche den Bereich um die Lietzenburger Straße umfasst, zum 31.12.2021 der größte Mangel an Kinderbetreuungsplätzen - bezogen auf alle Bezirksregionen - besteht?
2. Warum ist bei den vorgestellten Maßnahmen zum Platzausbau in den nächsten Jahren keinerlei Verbesserung für die Bürger und deren Familien in diesem Bereich geplant und vorgesehen?
3. Wie will das Bezirksamt Initiativen, die zum Ziel haben, einen Wohnungstausch zwischen Bürgern mit großen Wohnungen, welche den Platz nicht mehr benötigen und Familien mit kleinen Kindern, welche diesen Platzbedarf haben, unterstützen, wenn absehbar für diese Familien mit kleinen Kindern keine ausreichende Möglichkeit der Kinderbetreuung besteht?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Hüneke/Kraus

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0381/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Umsetzung der Wohngeld-Plus Novelle und des Heizkostenzuschuss II

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Hat das Bezirksamt aufgrund der gesetzlichen Novellierungen zum Wohngeld-Plus und Heizkostenzuschuss II bereits entsprechende Antragsformulare zum Wohngeld und zur Beantragung eines Heizkostenzuschusses erarbeitet, so dass diese zeitnah auch online eingestellt werden und digital abrufbar sind?
2. Wird das Bezirksamt adressatengerechte Informationen sowie einen Wohngeld-Plus-Rechner im Internet zum erweiterten Wohngeldanspruch und aktuelle Hinweise zum Heizkostenzuschuss für den anspruchsberechtigten Personenkreis bereitstellen?
3. Hat das Bezirksamt in Anbetracht des erhöhten Antragsaufkommens sowie einer aufwändigen Antragsbearbeitung seinen Personalbestand für das Wohnungsamt bereits erhöht und seine Verfahrensabläufe optimiert? Wie sieht der Zeitplan aus?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0382/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Rennstrecke Kurfürstendamm – Illegale Straßenrennen, Profilierungsfahrten und Hochzeitskorsos

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie beurteilt das Bezirksamt den Erfolg der Umsetzung der unter den Drucksachen 1706/5, 1673/5, 1651/5, und 1654/5 von der BVV geforderten bzw. vom Bezirksamt selbst sowie in einer Stellungnahme des Senats von diesem angekündigten Maßnahmen zur Reduzierung des Raserphänomens auf dem Kurfürstendamm? Bitte nach Möglichkeit erneut eine Stellungnahme des Senats einholen.
2. Inwieweit ist das Ordnungsamt in die Bekämpfung des Problems eingebunden, insbesondere im Hinblick auf den Umstand, dass die meisten Wagen im Zuge der illegalen Rennen, Profilierungsfahrten und Hochzeitskorsos einen erheblichen Lärm verursachen, nicht nur beim Beschleunigen, sondern auch durch sogenanntes Aufheulen der Motoren an Ampeln? Wie viele Ordnungswidrigkeitsanzeigen wurden aufgrund von Lärmbelästigung und anderen Vergehen im Zusammenhang mit Autorennen, Profilierungsfahrten und Hochzeitskorsos bearbeitet und mit welchem Ergebnis (wurden die verhängten Strafgebühren ganz oder teilweise eingetrieben)?
3. Welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, zur Bekämpfung aller drei Phänomene sogenannte Schwerpunkteinsätze zu organisieren und welche Behörden (Bezirks- und Landes-, ggf. auch Bundesebene) könnten oder sollten daran beteiligt sein?